

An die
Vorsitzende der Ständigen Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e. V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20 a
04317 Leipzig

20. Februar 2015

Ihr Schreiben

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15. Januar 2015. Sie kritisieren darin die Berichterstattung von „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ vom 11. Januar 2015 über den Trauermarsch der Staats- und Regierungschefs in Paris.

Ich habe Ihre Kritik an die zuständige Redaktion von ARD-aktuell weitergeleitet und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme finden Sie im Anhang zu diesem Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Lutz Marmor

Anlage

**Stellungnahme von ARD-aktuell zu dem Schreiben von Frau Maren Müller
zur Berichterstattung von ARD-aktuell am 11.01.2015
über den Trauermarsch in Paris**

Frau Müller kritisiert, „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ vom 11.01.2015 hätten bei der Berichterstattung über den Trauermarsch in Paris falsche Tatsachen behauptet. Konkret beanstandet sie, in der Berichterstattung sei fälschlicherweise behauptet worden, Staats- und Regierungschefs aus vielen Ländern hätten den Marsch angeführt. Es habe sich aber, so ihre Darstellung, nur um einen gemeinsamen Fototermin abseits der Kundgebung gehandelt.

Wie die ARD-Sondersendung „Brennpunkt“ vom 11.01.2015 eindeutig zeigt, handelte es sich nicht um einen Fototermin, sondern in der Tat um einen Trauermarsch:



<http://mediathek.daserste.de/ARD-Sondersendung/Paris-trauert-live-aus-der-franz%C3%B6sisch/Das-Erste/Video?documentId=25800354&topRessort=tv&bcastId=3304234>.

Zudem ist es nicht richtig, dass sich die Staats- und Regierungschefs abseits der Kundgebung in irgendeiner Seitenstraße bewegten. Die Politiker liefen auf der gleichen Route wie der Großteil der Menschenmasse: auf dem Boulevard Voltaire. Dort entstanden auch die Bilder, die in „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ zu sehen waren. Insofern gingen die Staats- und Regierungschefs tatsächlich auf der Strecke des Trauermarschs vor den anderen Teilnehmern der Kundgebung. Aus Sicherheitsgründen gab es eine Lücke zwischen den Politikern und den 1,5 Millionen Menschen, wie der Mitschnitt der Übertragung beweist (besonders der Zoom-out bei 18:50). Die Behauptung, es habe sich um eine Seitenstraße gehandelt, hat auch der Sprecher der dpa gegenüber dem Tagesspiegel zurückgewiesen, wie unter folgendem Link zu lesen ist:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/trauermarsch-in-paris-staatenlenker-posierten-nicht-in-seitenstrasse/11225488.html>.

In dem Zeitungsartikel wird zudem ein Fotograf zitiert, der in Paris dabei war: Die Präsidenten und Minister hätten mit etwa 250 Meter eine verkürzte Wegstrecke absolviert. Die Spitzenpolitiker seien „der zweite Wall“ gewesen, die erste Gruppe hätten Angehörige der Terroropfer gebildet, die dritte französische Lokalpolitiker. Nach ihnen liefen die Demonstranten. Gestützt wird diese Aussage auch durch Hubschrauberbilder:

<http://www.gettyimages.com.au/detail/news-photo/aerial-view-taken-on-january-11-2015-of-political-leaders-news-photo/461333588>.

Dass die Politiker die Menge an vorderster Spitze angeführt hätten, haben wir nirgendwo behauptet. Dementsprechend sind alle Zitate aus unseren Sendungen, die Frau Müller in ihrem Beschwerdeschreiben anführt, korrekt.

Die Hauptnachricht unserer Berichterstattung in „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ war für uns zum einen die gewaltige Beteiligung an dem Trauermarsch, zum anderen die symbolische Unterstützung der Teilnehmer durch viele Staats- und Regierungschefs. Dass Auftritte von hochrangigen Politikern in einer besonderen Lage wie nach den Terroranschlägen von Paris mit Sicherheitsvorkehrungen verbunden sind, haben wir nicht gesondert thematisiert, weil das unserer Auffassung nach zur allgemeinen Lebens- und Medienerfahrung des Zuschauers gehört.

Wer etwa unsere Berichterstattung über den G-8-Gipfel in Heiligendamm, die Besuche des US-Präsidenten in Deutschland oder andere hochkarätig besuchte Veranstaltungen verfolgt hat, weiß, dass es immer erhebliche Sicherheitsvorkehrungen gibt, die nicht zwingend Gegenstand der Berichterstattung sein müssen. Die Kundgebung selbst war für die Berichterstattung erheblich wichtiger, als die Sicherheitsvorkehrungen - wir wollten schließlich keinen Beitrag über die Sicherheit bei Großereignissen senden. Wir haben für unsere komprimierte Berichterstattung in den Hauptnachrichtensendungen die symbolkräftigsten Bilder der Staats- und Regierungschefs ausgewählt, die nun einmal in Nah- bzw. Halbtotalenstellung waren. Und anstatt nachträgliche Betrachtungen zu den - offenkundig erfolgreichen - Sicherheitsvorkehrungen anzustellen, haben wir lieber deutlich mehr Bilder von den vielen tausend Demonstranten gezeigt, die uns mindestens genauso wichtig waren wie die Regierungschefs. Aus dieser redaktionellen Entscheidung einen Manipulationsvorwurf zu konstruieren, halten wir für unangemessen. Die Beschwerde weisen wir daher in allen Punkten zurück.



Zu dem Vorwurf, inszenierte Bilder zu verbreiten, merken wir an, dass es sich streng genommen immer um eine Inszenierung handelt, wenn sich Politiker vor eine Kamera stellen. Jede Pressekonferenz stellt eine Inszenierung dar. Die symbolische Geste der in Paris versammelten Staats- und Regierungschefs als Inszenierung zu „entlarven“, halten wir weder journalistisch noch im Sinne der Zuschauer für zwingend. Darüber hinaus gilt grundsätzlich für jede Berichterstattung, dass kein Foto „die“ Realität zeigt. Jedes Foto zeigt einen Ausschnitt, und gleichzeitig gibt es viel mehr, was das Foto nicht zeigt.

Davon abzugrenzen ist Zensur, also die bewusste, zielgerichtete Einschränkung von relevanten Informationen. Einen Vorwurf dieser Qualität weisen wir entschieden zurück. Die Redaktion ist täglich darum bemüht, bestmöglich Ereignisse zusammenzufassen, d.h. möglichst realitätsnah den Nachrichtenkern einer Entwicklung wiederzugeben.


Christian Nitsche

18.02.2015